

Fabian Staudenmeyer | Kirchliche Arbeitsstelle Südliches Afrika | Heidelberg | Dezember 2013

Neue Erkenntnisse im Marikana-Prozess

Bei einem massiven Streik der Bergleute in dem südafrikanischen Bergwerk von Marikana war es im August 2012 zu gewalttätigen Auseinandersetzungen mit der Polizei gekommen. Dabei wurden am 16. August 34 Bergarbeiter durch Schüsse der Polizei getötet und 78 verwundet. Die Untersuchungskommission, kürzlich von Präsident Jacob Zuma bis zum 30. April 2014 verlängert, war über die Monate hinweg mit zahlreichen Hindernissen konfrontiert— allen voran den Falschaussagen der Polizei, die sich durch die Verfälschung von Beweismaterial der Verantwortung für das Massaker zu entziehen versuchte.

Als Reaktion auf das Massaker von Marikana, beauftragte Präsident Jacob Zuma eine Untersuchungskommission, wegen dem Vorsitz des pensionierten Richters Ian Farlam auch Farlam Kommission genannt, die Ereignisse zu untersuchen. Die Kommission, die im Laufe des Prozesses Gewerkschaftsführer, Regierungsvertreter, Bergarbeiter, Polizei und Mitarbeiter von Lonmin (dem britischen Bergbauunternehmen, dem das Bergwerk von Marikana gehört) befragt, beschäftigte sich im Oktober 2013 mit dem Eingreifen der Polizei am Tag des Massakers. Dazu wurde Lieutenant Colonel Duncan Scott verhört, der bei den polizeilichen Vorbereitungen auf die Demonstration der Bergarbeiter am 16. August aktiv an der Gestaltung des Plans zur Zerstreung der Demonstranten mitgearbeitet hatte. Im Verhör weigerte er sich jedoch, mit dem Entwurf des Plans jegliche Verantwortung für die Ereignisse zu übernehmen und argumentierte, es sei nicht der Plan, sondern vielmehr die einzelnen Aktionen der individuellen Polizisten für den Tod der 34 Bergleute verantwortlich zu machen. Scott vertritt die Ansicht, dass er nicht für die verschiedenen Polizisten, die in Notwehr gehandelt hätten, aussagen könne. Der Menschenrechtsanwalt George Bizos, der bereits 1964 als Verteidiger Nelson Mandelas agierte und nun Mitglied der Kommission ist, fragte kritisch nach der Proportionalität, da kein einziger Polizist Verletzungen davontrug, andererseits jedoch 34 Demonstranten erschossen und weitere 80 schwer verwundet wurden.

Die Farlam Kommission hat allen Grund, den Aussagen der Polizei mit Skepsis gegenüber zu treten. Seit Beginn der Untersuchung im Oktober 2012 waren nämlich bereits immer mehr Beweise ans Licht gekommen, die bezeugen, dass die Polizei falsche Aussagen gemacht, Beweismaterialien wie Videos und Dokumente verfälscht und umdatiert hat. Die Polizei sieht sich deshalb inzwischen bereits der Gefahr einer Anklage wegen Eidbruchs gegenüber und gerät in der Öffentlichkeit zunehmend unter Druck.

Die Manipulation begann bereits am Tatort des Massakers, als Polizisten, nachdem die Schüsse gefallen waren, Waffen neben die Leichen der Bergarbeiter platzierten, um den Eindruck

zu verstärken, aus Notwehr gehandelt zu haben. Dies war der Farlam Kommission bereits im November 2012 bekannt geworden und im Sommer 2013 gab es erneute Hinweise, dass die Polizei versucht hatte, Beweismittel zu vertuschen: Eine Festplatte mit Videos und Dokumenten war der Farlam Kommission zu Beginn ihrer Untersuchungen im Oktober 2012 übergeben worden, von der, wie sich nun allerdings herausstellte, zahlreiche aussagekräftige Videobelege gelöscht worden waren. Diese hätten der Kommission aber einen besseren Einblick in die Geschehnisse gegeben. Eine neue Festplatte mit eben diesen Beweismaterialien ist nun in den Besitz der Kommission gelangt und wird von Technikern durchforstet, um sie den bisherigen Polizeiaussagen gegenüberzustellen. Drei Wochen nach dem Massaker von Marikana hatte sich die Polizei für ein neuntägiges Treffen zurückgezogen, offiziell, um eine einheitliche Verteidigung der Polizei auszuarbeiten. Aufgrund des neuen Beweismaterials besteht nun der Verdacht, dass auf diesem Treffen maßgebliche Beweismittel verfälscht und vernichtet wurden. An zahlreichen Videos, die bisher von der Farlam Kommission zur Untersuchung herangezogen wurden, ist offensichtlich herumgebastelt worden und neue Dokumente wurden scheinbar so umdatiert, dass sie den Anschein geben, als seien sie bereits vor dem Massaker verfasst worden. Die Glaubwürdigkeit der Polizei und der Glauben an einen fairen Prozess hat bei den Bürgern, bei den Hinterbliebenen der Opfer, großen Schaden genommen. Das Vertrauen in die Polizeigewalt und in den Staat ist durch die systematischen Lügen so stark erschüttert, dass stets Vergleiche mit dem Apartheidregime gemacht werden.

Für die Familien der Opfer sowie für die große Zahl an Bergleuten, die bei den Ereignissen 2012 verletzt wurden, tat sich im Frühjahr 2013 eine neue Ungerechtigkeit auf. Die rechtliche Vertretung der Bergarbeiter vor der Farlam Kommission wird vom Staat kaum finanziell unterstützt, während der Polizei ein vielköpfiges Team an Rechtsvertretern gestellt wird. Anwälte, die bisher die Bergleute rechtlich repräsentierten, werden maßgeblich von der Raith Foundation bezahlt - eine Organisation, die Bedürftige um der sozialen Gerechtigkeit willen unterstützt. Die große Mehrheit der Bergleute sind arme Wanderarbeiter vom Eastern Cape, KwaZulu-Natal, Lesotho und anderen Teilen Südafrikas. Deren durchschnittliches Gehalt von 4000 Rand reicht nicht aus, um eine angemessene Verteidigung zu finanzieren. Der Rechtsbeistand der Bergarbeiter steht somit in einem außerordentlichen Missverhältnis zu dem der Polizei. Im Juli 2013 wurde deshalb von dem führenden Anwalt, Dali Mpofu, ein Antrag an Präsident Jacob Zuma und Justizminister Jeff Radebe gestellt, um die Finanzierung der Anwälte der Bergleute zu gewährleisten. Der Staat behauptet indessen, die Bergleute seien Zeugen und keine Angeklagten oder Opfer in diesem Fall und lehnte den Antrag wiederholt ab. Mpofu, der sich daraufhin zeitweise aus dem Prozess zurückzog argumentierte: „Der einzige Unterschied zwischen der Polizei und den Bergleuten ist der Klassenunterschied. Das Gericht wird eine Unmenge an Begründungen vorbringen ... aber Ungleichheit ist nun einmal Un-

gleichheit.“¹ Derweil ist diese Diskussion äußerst unvorteilhaft für den Ruf der Untersuchungskommission, da die Untersuchung dadurch unglaubwürdig und ungerecht erscheint.

Im Oktober 2013 bestimmte das Oberste Gericht in Johannesburg schließlich, dass der Staat für die Finanzierung der Rechtsvertretung der Bergleute aufkommen muss. Aus der Welt aber ist dieser Zwist deshalb noch lange nicht, da Legal Aid South Africa bereits Einspruch erhoben hat, mit der Begründung, die Finanzierung des Rechtsbeistands der Bergarbeiter würde ihre andere Arbeit erschweren.

In den Diskussionen um die Farlam Kommission gerät jedoch das Schicksal der Opferfamilien leider oft in Vergessenheit. Für die hinterbliebenen Familien bleibt nicht nur das Trauma über den brutalen Tod ihrer Angehörigen. Durch den Verlust des Brotverdieners in der Familie, der für das Überleben notwendig war, ist auch ihre materielle Sicherheit oft ernsthaft bedroht. Traumatisierte Familien versinken noch tiefer in Armut und fühlen sich alleine gelassen vom Staat und der Kommission. Die Farlam Kommission wird indessen von den Familien der Opfer skeptisch betrachtet. Sie scheint wie in einer anderen Welt, unnahbar und weit entfernt von der Realität. „Ich glaube nicht daran, dass irgendwann die Wahrheit herausgefunden wird“ sagt Matsepang, die Witwe eines getöteten Minenarbeiters.² Außerdem ziehe sich die Untersuchung zu lange hin. Jeden Tag, den sie vor Ort bei der Kommission verbringen müsse, sei ein Tag, den sie besser für das Überleben ihrer Familie nutzen könne. Sie beklagt, die Kommission solle sich damit beschäftigen, was mit den Familien der Opfer geschieht, wie sie überleben sollen, jetzt da ihre Männer ihnen kein Geld mehr schicken können. Jedes Mal, wenn sie von den Tagungen der Kommission zurückkehre, warteten ihre Gläubiger noch immer auf ihr Geld.

Verheerend ist der Eindruck, den Marikana in vielen Familien und Gemeinden hinterlassen hat. Vor allem die Art und Weise, wie die Menschen nun ihre demokratisch gewählte Regierung betrachten, hat sich auf erschreckende Weise verändert. Zwei Journalisten, die die Familien der Opfer über einen Zeitraum von acht Monaten begleiteten, beobachten, wie sich das Gefühl allein gelassen zu werden bei den meisten Marikana - Familien verbreitet.³ Marikana wird inzwischen häufig als ein Echo der Apartheid-Vergangenheit gesehen, brutal durch den Staat verursacht und verwaltet. Es erinnert nur zu schmerzhaft an die Ermordung von Studenten durch die Apartheid - Polizei im Juni 1976 in Soweto und an das Massaker von Sharpeville im Jahre 1960. Nicht unbegründet stellte Dali Mpofu während eines Verhörs des Leiters der taktischen Polizeioperation in Marikana, Charl Annandale, eine Verbindung zu einer möglichen Apartheid-Mentalität bei den Polizisten her. Diese hätten möglicherweise auf die „skiet-en-donner“ Methode zurückgegriffen, eine während der Apartheid weit verbreitete

¹ <http://mg.co.za/article/2013-09-25-marikana-families-of-miners-must-know-the-truth>

² <http://marikana.mg.co.za/>

³ Ein Special Project zum Gedenken der Opfer zum Jahrestag von Marikana <http://marikana.mg.co.za/>

Strategie der Polizei, durch Schießen und Schlagen die eigene Kontrolle durchzusetzen. Auch wenn dies von der Polizei vehement abgestritten wird, ist kaum zu bezweifeln, dass die Ereignisse von Marikana die dunklen Schatten der südafrikanischen Vergangenheit wieder haben aufleben lassen. Die Ungerechtigkeiten während des Prozesses, die Vertuschung der Wahrheit durch die Polizei einerseits sowie die einseitige staatliche Unterstützung für den Rechtsbeistand der Polizei andererseits sind nur zwei Zeugnisse der andauernden Diskriminierung gegen die unterprivilegierten Bergarbeiter und die Familien der Opfer.